



Postulat Schneider Andy und Mit. über Massnahmen zur Linderung und zur Prävention psychosozialer Corona-Folgen im Schulbereich

eröffnet am 15. März 2021

Der Regierungsrat wird aufgefordert, Massnahmen zu ergreifen, um auf die negativen psychosozialen Folgen der Corona-Pandemie an den Schulen zu reagieren und weiteren Verschlechterungen vorzubeugen.

Begründung:

Studien zeigen, dass die Jugend von der Corona-Pandemie am stärksten in ihrer Entwicklung betroffen ist. Eingeschränkte Kontakte, reduzierte Bewegungsfreiheit und eine unsichere Zukunft in der Lebensphase, in welcher es wichtig wäre, die Welt zu erkunden, Lebensentwürfe zu wagen und auf eigenen Füßen zu stehen, führen zu erhöhtem Stress in Schule und Familie.

Die psychiatrischen, pädiatrischen und psychologischen Versorgungseinrichtungen verzeichnen Anmeldungshöchststände, in der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJPD) des Luzerner Kantonsspitals können nur noch absolute Notfälle mit Selbst- oder Fremdgefährdung zeitgerecht aufgenommen werden. Für bestimmte Massnahmen gibt es Wartezeiten von bis zu einem Jahr.

In Beratungseinrichtungen wie dem schulpsychologischen Dienst (SPD) und der Schulberatung mussten aufgrund des Lockdowns kontaktbezogene Arbeiten zurückgestellt werden, was zu einem Arbeitsrückstau führte. Anmeldungen mussten im Herbst/Winter nachgeholt werden. Fälle, die beim KJPD auf der Warteliste sind, werden vorsorglich beim schulpsychologischen Dienst gemeldet. Bei den Schuldiensten Logopädie, Psychomotorik und Schulsozialarbeit konnten viele Therapien und Beratungen vor den Sommerferien nicht abgeschlossen werden, und insbesondere Klienten mit Rückzugs- und Angstproblemen fielen in alte Muster zurück. Quarantänen von Mitarbeitenden führen zu weiteren Ausfällen, da die Klientenarbeit im Homeoffice nicht aufgefangen werden kann.

Lehrpersonen und Eltern sind oft verunsichert, wie sie Leistungs- oder Verhaltensprobleme einschätzen sollen – als generelle Schwierigkeit des Kindes oder als temporäres Corona-Problem – und suchen bei der Fachstelle eine Absicherung. Die Anmelder sind zunehmend unter Druck und «nervöser» geworden, Telefonate tönen dringlicher, die Fälle weisen häufiger Mehrfachbelastungen auf und statt auf überlastete Helfende zu warten, greifen Eltern zunehmend auf zweifelhafte esoterische Angebote zurück.

Auch wenn es explizit zur Situation im Kanton Luzern keine Studien gibt, ist anzunehmen, dass die Probleme auch hier zunehmen. Fachstellen und Schulleitungen berichten, dass Fälle mit Verhaltensauffälligkeiten, die vor dem Lockdown stabil schienen, danach wieder fast bei null waren, dass einzelne Familiensysteme auseinanderfallen, was arbeitsintensive Einzelfälle generiert, dass vermehrt bereits im Kindergartenalter schwere Verhaltensprobleme festzustellen sind und dass die Anmeldungen für Sonderschulabklärungen zugenommen haben.

In der Schule hat sich die Zusammenarbeit sowohl mit Eltern als auch im Team aufgrund der Corona-Kontaktbeschränkungen erschwert. Eltern, Schüler*innen und Lehrpersonen sind von zusätzlichen persönlichen Belastungen, wie wirtschaftlichen Belastungen, Sorgen um Angehörige usw., betroffen.

Die integrative Förderung (IF) ist stark gefordert, da vor allem schwache Lernende während des Lockdowns Rückschritte machten. Emotionale Ventile wie Sport und Musik fehlten, und gleichzeitig ist die Arbeit im emotionalen Bereich mit den Hygienemassnahmen schwieriger geworden.

Aus all diesen Gründen sollen Massnahmen zur Abfederung der genannten Probleme geprüft werden, wie beispielsweise

- Weiterführung der für das Schuljahr 2020/2021 erlaubten Überschreitung der Richtzahlen bei den IF-Pensen um 10 Prozent,
- Einführung einer analogen Lösung bei den Schuldiensten, insbesondere aber beim SPD sowie in der Schul- und Lehrerberatung an den weiterführenden Schulen,
- Unterstützung beim Aufbau therapeutischer Gruppenangebote,
- Aufstockung der Ressourcen und allenfalls niederschwellige Teil-Pauschalierung bei den SOS-Massnahmen und den Massnahmen zur Prävention von Sonderschulung,
- Ausbau der Kapazitäten am KJPD,
- Intervention auf Bundesebene, um die Inkraftsetzung des auf den 1. Januar 2022 beschlossenen Anordnungsmodells für die psychologische Psychotherapie vorzuziehen.

Schneider Andy

Candan Hasan

Setz Isenegger Melanie

Muff Sara

Fässler Peter

Engler Pia

Koch Hannes

Meyer-Jenni Helene

Meier Anja

Budmiger Marcel

Roth David

Bucher Noëlle

Schwegler-Thürig Isabella

Heeb Jonas

Steiner Bernhard

Sager Urban